

# „Das Kinderkopftuch ist kein Ausdruck von Religiosität“

Integrationsexpertin Emina Saric erklärt, warum das Kopftuchverbot bis 14 ein Schutz der Mädchen vor Geschlechterungleichheit und familiärem Druck ist – und kein Angriff auf den Islam.

INTERVIEW: Lisa Nimmervoll

**K**ritiker sprechen von Symbolpolitik, doch Emina Saric sieht im Kopftuchverbot für Mädchen unter 14 Jahren eine Maßnahme zum Schutz vor Unterordnung, Kontrolle und Rollenzwängen. Im STANDARD-Interview erklärt sie, warum damit gleiche Chancen für alle beginnen.

**STANDARD:** Sie haben die Entstehung des Gesetzes für ein Kopftuchverbot für Mädchen bis 14 als Expertin begleitet. Wenn Sie die Debatte dazu auf einen einzigen zentralen Punkt reduzieren müssten: Was ist für Sie das wichtigste Argument für dieses Verbot?

**Saric:** Ich orientiere mich in meiner Arbeit an einem sehr einfachen Prinzip: Alle Mädchen in Österreich sollen die gleichen Chancen haben. Das Kopftuchverbot ist notwendig, um Gleichberechtigung zu sichern und Praktiken zurückzudrängen, die auf der Unterordnung von Mädchen beruhen. Dieser Wert ist in internationalen Abkommen wie der Istanbul-Konvention, die der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen gewidmet ist, festgeschrieben.

**STANDARD:** Eine Ihrer Argumentationslinien ist die aus entwicklungspsychologischer Sicht. Welche Überlegungen stehen hier im Vordergrund, wenn es um Kinder und das Kopftuch geht?

**Saric:** Aus der Entwicklungspsychologie wissen wir, dass frühe Rollenzuschreibungen die Entwicklung der Kinder einschränken. Sie übernehmen das Verhalten und die Werte ihrer Bezugspersonen unreflektiert. Ein achtjähriges Mädchen trägt das Kopftuch nicht aus religiöser Überzeugung, sondern weil es das Verhalten der Mutter übernimmt. Damit ist das Kinderkopftuch kein Ausdruck von Religiosität, sondern ein Ergebnis familiärer Prägung. Die Botschaft dahinter ist problematisch: Mädchen sollen ihren Körper verstecken, schamhaft und zurückhaltend sein, während Burschen alle Freiheiten genießen. Das widerspricht unserer Verfassung und dem Recht auf gleiche Bildungschancen, das in vielen Schulgesetzen verankert ist.

**STANDARD:** In Österreich ist man ab 14 religionsmündig. Warum ist dieser Zeitpunkt aus Ihrer Sicht auch für die Frage des Kopftuchs entscheidend?

**Saric:** In vielen Ländern gilt das 14. Lebensjahr als Beginn der Religionsmündigkeit. Davon fehlt Kindern emotionale und kognitive Reife, um religiöse Symbole in ihrer Tiefe zu verstehen. Ein Verbot bis dahin entspricht also dem Kinderschutzgedanken. Kinder sollen nicht mit Erwartungen überfordert werden, die sie noch nicht einordnen können. Außerdem sind sie in diesem Alter sehr verletzlich und anfällig für gesellschaftlichen oder familiären Druck. Das Kinderkopftuch kann zu Ausgrenzung, zum Beispiel in der Schule, oder zu starkem Gruppenzwang in der Community führen.

**STANDARD:** Was entgegnen Sie Kritikern, die sagen, dass Eltern das Recht haben, ihre Kinder religiös zu erziehen?

**Saric:** Da möchte ich Erwin Ringel zitieren: „Jede religiöse Erziehung sollte ein Angebot sein und kein Aufzwingen.“ Jeder Mensch soll die Möglichkeit haben, im Laufe des Lebens zu einer eigenen Ansicht zu kommen. Ein Verbot bis 14 kann deshalb als Schutzmaßnahme verstanden werden, um Mädchen Zeit für eine selbstbewusste, informierte Entscheidung zu geben.

**STANDARD:** Die Altersgrenze 14 fällt genau in die Pubertät, sowieso eine schwierige Phase. Was sagen Sie muslimischen Mädchen, die zu Jeans, Sneakers oder High Heels das Kopftuch wie ein Accessoire tragen und fragen: Warum will mich der Staat hier gängeln und mir das Kopftuch wegnehmen, während die Christin in der Klasse das Kettchen mit Kreuzanhänger, der jüdische Bub seine Kippa und der junge Sikh seine Patka aufbehalten darf?

**Saric:** Ab 14 können Mädchen in Österreich selbst entscheiden, ob sie ein Kopftuch tragen wollen oder nicht. Das ist eine Freiheit, die sie hier in Österreich genießen dürfen. Für viele Mädchen und Frauen in patriarchalen, islamisch geprägten Ländern sind solche religiösen Freiheiten ein undenkbares Privileg. Der Unterschied zu Symbolen wie Kreuzanhänger oder Kippa ist: Das Kopftuch steht für eine geschlechtsspezifische und kulturell-religiöse Vorschrift, die in den ersten Lebensjahren verinnerlicht wird, und kann die Freiheit von Mädchen einschränken, während die anderen Symbole keine Diskriminierung zwischen den Geschlechtern ausdrücken.

**STANDARD:** Den Erstversuch für ein Kopftuchverbot, damals nur in Volksschulen, hob der Verfassungsgerichtshof (VfGH) 2020 auf, mit der Begründung: Es widerspreche dem Neutralitätsgebot des Staates und dem Gleichheitsgrundsatz, weil es sich nur gegen Musliminnen richte. Wäre ein Kompletterverbot für religiöse Symbole in Schulen wie in Frankreich nicht konsequent und auch juristisch sicher(er) gewesen?

**Saric:** Das Kopftuchverbot richtet sich nicht gegen eine Religion, sondern gegen die Diskriminierung und Sexualisierung von Mädchen. Mädchen wie Burschen sollen sich frei entwickeln können – ohne Einschüchterung, Einschränkung oder Verhüllung in der Schule. Ich

hoffe, dass der VfGH diesmal im Sinne des Kindeswohls und zum Schutz von Mädchen entscheiden wird. Zumal es auch eine Reihe an Begleitmaßnahmen gibt wie die Stärkung der Mädchen und mehr Burschenarbeit.

**STANDARD:** Die Regierung verweist auch auf eine Studie aus Frankreich. Welche Effekte hatte das Kopftuchverbot dort auf Teilhabe- und Bildungschancen der muslimischen Mädchen?

**Saric:** Die Studienlage ist ambivalent, aber es zeigen sich klar positive Effekte, die bestätigen, dass viele Schülerinnen weniger familiären Druck zum Tragen des Kopftuchs empfunden, bessere Bildungsergebnisse erzielt und teilweise weniger Stigmatisierung im Klassenzimmer erfahren haben, weil religiöse Unterschiede nicht so sichtbar sind. Interessant ist der Anstieg von Mischehen, was für Integration ein positiver Indikator ist.

**STANDARD:** Sie haben an unterschiedlichen Projekten gearbeitet. Können Sie ein Beispiel nennen, das Ihnen besonders eindrücklich gezeigt hat, warum ein Verbot sinnvoll ist?

**Saric:** Im Rahmen einer Evaluierung in einem Projekt zur Stärkung der Mädchen, das ich konzipiert und begleitet habe, hat die Auswertung gezeigt, wie tief die Kontrolle ins Leben vieler Mädchen eingreift. Mehr als die Hälfte erzählten, dass sie ständig Verhaltens- und Kleidungsregeln befolgen müssen: den ganzen Körper bedecken, Haare verstecken, still und bescheiden bleiben, nicht widersprechen. Für sie ist das keine Kleinigkeit, sondern tägliche Realität. Fast ein Drittel berichtete von Genitalverstümmelung – eine Gewaltform, die lebenslange Folgen hat. Und jede Siebte nannte Zwangsheirat als prägendste Erfahrung. Hinter diesen Zahlen stehen junge Frauen, die sich nach Freiheit sehnen, aber sagen:

Die Angst, ihre Familie zu verlieren, ist größer als der Wunsch nach Selbstbestimmung.

**STANDARD:** Welche Rolle kommt diesem Gesetz im größeren Kontext der Integrationspolitik in Österreich zu?

**Saric:** Das Gesetz ist ein wichtiger Meilenstein und zeigt, dass die Rechte von Frauen und Mädchen in einem demokratischen Staat weiterhin geschützt werden können, was in anderen patriarchal geprägten Ländern wie etwa Afghanistan unter den Taliban nicht selbstverständlich ist. Darüber hinaus macht der Staat damit klar, dass es in den Integrationsprozessen vor allem wichtig ist, den Rechtsstaat und seine Gesetze zu achten und einzuhalten, und zwar unabhängig von den kulturellen Gepflogenheiten und Traditionen aus den Herkunftsländern.

**STANDARD:** Gegen das Kopftuchverbot wird immer wieder auch ins Treffen geführt, dass es „nur Symbolpolitik“ sei, laut der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich eine auf Kosten von Kindern und Demokratie. Was sagen Sie zu diesem „Symbolpolitik-Vorwurf“?

**Saric:** Solange es auch nur ein einziges Mädchen gibt, das gezwungen wird, ein Kopftuch zu tragen, oder unter Druck durch Ehrkulturen leidet – und wir dabei einfach wegsehen –, kann man nicht von Symbolpolitik sprechen. Dann geht es um echten Schutz und um die Freiheit dieser Kinder.

**EMINA SARIC**, geboren 1969 in Banja Luka (Bosnien und Herzegowina), studierte in Sarajevo Germanistik und an der Uni Graz Geschlechterstudien. Sie arbeitet und forscht u. a. zu Gewalt im Namen der Ehre. Außerdem ist sie Mitglied des Expertenrats für Integration der Bundesregierung sowie Vorsitzende des Aufsichtsrats der Dokumentationsstelle Politischer Islam.



Emina Saric entwickelte diverse Projekte, deren Ziel mehr Gleichberechtigung und Selbstbestimmung von jungen Frauen und Männern ist.

FLORIAN SULZER